



Bürgerliche wollen Kampfjet-Referendum verhindern

Verteidigungsminister Guy Parmelin prüft eine Abstimmung zur Luftwaffen-Erneuerung. Sicherheitspolitiker von SVP, FDP und CVP kündigen Widerstand an: Die SBB müssten den Kauf neuer Züge auch nicht vom Stimmvolk absegnen lassen.





VON LORENZ HONEGGER

Geht es um Kampffjets, ist jeder ein bisschen Experte: Soll die Schweiz die Flieger bei den Schweden, den Franzosen oder doch den Amerikanern kaufen? Müssen sie Ziele am Boden bombardieren können? Hat sich das Modell bewährt oder drohen Kinderkrankheiten? Und wie viele Milliarden darf es maximal kosten?

Einflussreiche bürgerliche Sicherheitspolitiker finden: Fragen wie diese gehören nicht vors Volk. Unter National- und Ständeräten von CVP, FDP und SVP regt sich Widerstand gegen das Vorhaben von Verteidigungsminister Guy Parmelin, die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge und eines neuen Fliegerabwehrsystems dem Referendum zu unterstellen.

Sicherheitspolitiker und Pilot Thomas Hurter (SVP/SH) sagt: «Wenn wir das zulassen, öffnen wir die Büchse der Pandora.» Die Schweiz stimme auch nicht darüber ab, ob SBB-Chef Andreas Meyer neue Züge kaufen dürfe. «Mit welcher Berechtigung macht man das bei der Armee?»

100 000 statt 50 000 Unterschriften
Hurters Parteikollege und SVP-Bundesrat Parmelin hat der Landesregierung Anfang September in einer ersten Diskussion ebendies vorgeschlagen: Eine Gesamt-erneuerung der Luftwaffe für neun Milliarden Franken, verpackt in einem referendumsfähigen Planungsbeschluss, über den dann das Stimmvolk entscheiden kann. Vorausgesetzt, die Gegner des Fliegerkaufs sammeln innert 100 Tagen 50 000 Unterschriften, was kein Problem sein dürfte. Der Beschluss würde den Kauf nur in groben Zügen beschreiben. Alle Detailfragen wie der Flugzeugtyp würde die Politik erst nach der Abstimmung beschliessen.

SVP-Nationalrat Hurter stellt sich gegen dieses Vorgehen: «Jene Leute, die nicht einverstanden sind mit dem Kampffjet-Kauf, können eine Initiative lancieren. Wir müssen ihnen nicht die Arbeit abnehmen.»

Aus Sicht der Jet-Befürworter liegt der Vorteil dieser Strategie auf der Hand: Für eine Volksinitiative gegen neue Kampffjets müssten die Jet-Gegner von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) doppelt

so viele Unterschriften sammeln wie bei einem Referendum: rund 100 000. Das Geld für die Sammlung würde ihnen dann im Abstimmungskampf fehlen.

Rückendeckung erhält Hurter von Nationalrat Walter Müller (FDP/SG). Der Sicherheitspolitiker sagt, er sei «klar gegen ein selektives Finanzreferendum bei der Luftwaffe». Sonst müsse man auch bei anderen grossen Krediten etwa in

**Eine F/A-18
der Schweizer
Luftwaffe: 1993
versuchte die
Gruppe für eine
Schweiz ohne
Armee erfolg-
los, den Kauf
des Fliegertyps
per Initiative
zu bodigen.**

Shutterstock

den Bereichen Entwicklungshilfe, Bildung oder Forschung Referenden zulassen.

Stand heute können Budgetbeschlüsse des Parlaments nicht per Finanzreferendum angegriffen werden. Sofern niemand eine Volksinitiative lanciert, haben National- und Ständerat das letzte Wort über die Ausgaben des Bundes.

CVP-Sicherheitspolitiker Jakob Büchler (SG) kündigt an: «Sollte der Bundesrat die Kampffjets wie erwartet mit einem referendumsfähigen Planungsbeschluss ins Parlament bringen, werden wir dieses Vorgehen in den sicherheitspolitischen Kommissionen bekämpfen.»

Nötigenfalls auch eine Initiative

Die GSoA gibt sich betont unbeeindruckt. Sekretär Sebastian Büchler sagt, die Gruppierung werde falls nötig auch eine Initiative lancieren. Man müsse nicht über jeden Schuss Munition abstimmen: «Doch bei einem grossen Projekt wie der Luftwaffen-erneuerung möchte das Volk mitreden.»

Letztmals sammelte die GSoA im Jahr 1992 Unterschriften für eine Anti-Kampffjet-Initiative. 180 000 Menschen unterschrieben damals einen Unterschriftenbogen. Bei der Volksabstimmung 1993 setzten sich



dann aber die Befürworter des Kaufs der 34 F/A-18 mit 57 Prozent durch.

Auch im Vorfeld des Urnengangs zur Beschaffung von 22 Gripen-Kampfjets im Jahr 2014 war es umstritten, ob das Stimmvolk per Referendum das letzte Wort haben soll. Am Ende setzten sich die Befürworter einer referendumsfähigen Vorlage durch - und die Bevölkerung sagte mit 53,4 Prozent Nein zum Gripen-Fonds-Gesetz.